

Ausschussmitglieder

Frau Janny Armbruster
Herr Daniel Keller

Bündnis 90/Die Grünen
SPD

entschuldigt
entschuldigt

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
07.10.2020
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Sachtsand - Übernahme der durch die Einführung des TVöD bedingten Verluste
des Klinikums Ernst von Bergmann
gemäß Beschluss: 20/SVV/1058
- 3.2 Berichterstattung - Co-Leadship für Führungsstellen in der Stadtverwaltung der
Landeshauptstadt Potsdam
gemäß Beschluss 20/SVV/0439
- 3.3 Bericht zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen
Vorlage: 20/SVV/1308
Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation
- 4 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeisters eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 07.10.2020**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, diese um folgende Themen zu erweitern:

- Pandemielage
- Sachstandsbericht - Garnisonkirche/Rechenzentrum
- Mieterhöhungen der Pro Potsdam
- Gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam Mittelmark

Die Thematik „Tarifabschluss TVÖD“ wird mit den Tagesordnungspunkten 3.2 und 3.3. aufgerufen.

Der von Frau Lüdcke erbetene Bericht zum Melde- und Informationssystem wird ebenso wie die von Herrn Dr. Scharfenberg erbetene Information zur Veränderung in der Verwaltungsstruktur im Zusammenhang mit der Berichterstattung zur Pandemielage gegeben.

Die angekündigte Diskussion zur aktuellen Situation in Krampnitz, so der Oberbürgermeister, soll auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses verschoben werden, da der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Entwicklung des ländlichen Raumes diese Thematik nicht behandelt habe. Herr Friederich verweist darauf, dass er dazu einige Fragen vorbereitet habe und diese auch beantwortet haben möchte. Der Oberbürgermeister bittet, diese als Kleine Anfrage zu stellen und schließt eine Beantwortung, ohne entsprechende Vorbereitung, aus.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird einstimmig **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 28. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 07.10.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 3.1 Sachstand - Übernahme der durch die Einführung des TVÖD bedingten
Verluste des Klinikums Ernst von Bergmann
gemäß Beschluss: 20/SVV/1058**

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, führt dazu aus, dass Zuschüsse über einen Betrauungsakt möglich seien, es also für das Klinikum Ernst von Bergmann keine beihilferechtlichen Probleme gebe;

für Catering und Service laufe die kommunalwirtschaftliche Prüfung noch. Da ein Zuschuss an die Muttergesellschaft möglich sei, wären grundsätzlich auch die erhöhten Entgelte der Muttergesellschaft an die beiden Töchter zuschussfähig. Allerdings seien die erhöhten Entgelte konkret zu beziffern; hierzu erarbeitet das Klinikum aktuell die Zahlen. Nach Abschluss der kommunalwirtschaftlichen Prüfung durch das Klinikum Ernst von Bergmann sei für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im März geplant, einen weiteren Beschluss zum konkreten Verlustausgleich einzuholen.

Anschließend beantwortet sie die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, so von Herrn Wollenberg zur Änderung der Rechtsform von Catering und Service, von Herrn Linke zur Zeitschiene und von Herrn Dr. Scharfenberg zur Zuschusshöhe.

In der weiteren Diskussion betont Herr Heuer, dass der jetzige Zeitpunkt ein sehr früher für die Prüfung der Umsetzung des Beschlusses sei; der Oberbürgermeister verweist ergänzend dazu auf den Beschluss mit dem ein Wirtschaftsprüfer mit der Feststellung der Zuschusshöhe zu beauftragen ist. Hierzu arbeite eine Anwaltskanzlei der Stadt mit dem Wirtschaftsprüfer des Klinikums zusammen. Die Information, wann Ergebnisse vorliegen werden, reicht der Geschäftsbereich an die Fraktionen im Nachgang der Sitzung weiter.

zu 3.2 Berichterstattung - Co-Leadship für Führungsstellen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Beschluss 20/SVV/0439

Eingangs erläutert Herr Jetschmanegg, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) den Sachstand zu den Themen „Geteilte Führung“ und Besetzung von Fachbereichsleitungen unter dem Aspekt Parität und Gender-/Diversity-Kompetenz und gibt einen Ausblick bezüglich des Projektes „Arbeitgeberattraktivität“.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau Dr. Müller nach strategischen Planungen bezüglich der geteilten Führung, um das auch bei weiteren Besetzungsverfahren fortsetzen zu können. Frau Dr. Zalfen hebt die Subsumierung unter der Thematik „Attraktivität des Arbeitgebers“ besonders hervor, was dafür spreche, dass die Verwaltung das auch weiterhin im Focus habe. Frau Bartelt führt aus, dass es auch um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gehe und um die Umsetzung sowohl teilbarer als auch überlappender Aufgabenstellungen.

Herr Jetschmanegg betont, dass er den Antrag so verstanden habe, dass sich die Zielstellung auf alle Stellen beziehe, was auch die Herausforderung beinhalte, Frauen z.B. in technischen Berufen besonders anzusprechen. Die Kunst werde darin bestehen, die Kommunikation und Abstimmung zwischen beiden Stelleninhabern herbeizuführen, um mit identischen Botschaften unterwegs zu sein. Das setze voraus, mit einer guten Fehlerkultur unterwegs zu sein und sich für die Modelle auch Zeit zu nehmen.

Die Nachfrage von Herrn Teuteberg, ob dies auch auf die Stellen der Beigeordneten zutreffe, verneint der Oberbürgermeister unter Verweis auf § 59 der BbgKVerf.

Im Weiteren berichtet Herr Jetschmanegg über die Stellenbesetzungsquote und verweist darauf, dass der erweiterte Stellenrahmen diese vorerst verringere. Er geht darüber hinaus auf die Ein- und Austritte von Beschäftigten ein und führt

aus, dass beeinflussbare Beendigungsgründe etwas zurückgegangen seien. Er betont, dass, trotzdem ein ganzes Quartal durch die Pandemie im Frühjahr fehle, über 200 Stellen neu besetzt worden seien und weitere 90 Verfahren noch laufen.

Daran anschließend bedankt sich der Oberbürgermeister bei den Kollegen des Bereiches Personal, die darüber hinaus auch den Wechsel von Mitarbeitenden zur Stabstelle formal-rechtlich abgesichert haben und zum Teil auch in die konkrete Arbeit des Verwaltungsstabes mit eingetreten seien. Außerdem seien Personalgespräche unter den jetzigen Bedingungen eine Herausforderung, denn auch hier gebe es schutzbedürftige Personen.

Nach Beantwortung einiger Rückfragen informiert Herr Jetschmanegg über die Inhalte des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst und deren Auswirkungen, wie z.B. die Möglichkeit der Entgeltumwandlung für Fahrräder und eBikes, um die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst attraktiv zu halten. Gleichzeitig macht er darauf aufmerksam, dass Details derzeit noch beschrieben werden.

zu 3.3 Bericht zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen

Vorlage: 20/SVV/1308

Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation

Siehe Tagesordnungspunkt 3.2

zu 4 Sonstiges

Sachstand - Pandemie

Eingangs informiert die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) über das Infektionsgeschehen in Potsdam und über die Bettenbelegung im Klinikum Ernst von Bergmann sowie im Alexianer St. Josefs. Im Weiteren erläutert Frau Dr. Böhm, Leiterin des Gesundheitsamtes, die Seite 3 der Präsentation – Cluster – Übersicht von Oktober bis 11. November 2020. Im Weiteren verweist sie in ihren Ausführungen auf die eigene mit der IT entwickelte Datenbank (EilP), die es ermögliche, die Datenmengen zu bearbeiten sowie Kontaktpersonen mit Namen, Adressen, Telefonnummer/E-Mail, Vorerkrankungen und Beruf sowie die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft zu erfassen und zu verfolgen. Die in Rede stehende Software Demes und auch Surfnet werden dieses ergänzen und seien in der Vorbereitungsphase. Da viele Labore nach wie vor per Fax Daten melden und im Regelfall auch keine Telefonnummern der Personen hinterlegen, gebe es dadurch keine schnelleren Bearbeitungszeiten.

Der Oberbürgermeister ergänzt dahingehend, dass die Software EilP in Zusammenarbeit mit Kienbaum, oracle, der IT-Abteilung und des Gesundheitsamtes der Landeshauptstadt entwickelt wurde und kein Programm „von der Stange“ sei. Er bewertet die dazu breit ausgerollte Presseberichterstattung sehr kritisch, vor allem weil die Thematik im Vorfeld der Berichterstattung nicht hinterfragt wurde. Weitere Schritte seien bereits avisiert, so wie das Zusammenspiel zwischen der Stadt und dem Klinikum sowie der Anschluss von Demes. Er betont, dass Technik allein das Problem nicht lösen werde, da Kontaktpersonen 1. Grades angerufen und weitere Kontaktpersonen in

Quarantäne geschickt werden müssen – das binde Personal. Deshalb sei geplant, in ein Schichtsystem überzugehen.

Auf weitere Nachfragen führt Frau Dr. Böhm aus, dass mit der eigenen Software eine rechtssichere Erfassung möglich sei und alle Mitarbeitenden ortsunabhängig darauf zugreifen können. Nichttechnische Fachkräfte können schneller im Umgang mit der Software geschult werden; darüber hinaus wird das Beschwerdewesen beschleunigt.

Auf die Nachfrage von Herrn Friederich äußert sich Frau Meier zum Prozessstand der weiteren Beschaffung von Stellen und betont, das bis dahin mit internen Kräften unterstützt werde und es eine gute Zusammenarbeit mit dem Klinikum Ernst von Bergmann gebe.

Darauf Bezug nehmend informiert der Oberbürgermeister, dass auch zeitlich befristete Umgruppierungen vorgenommen wurden, das Bürgerbüro des Oberbürgermeisters das Pandemiemanagement unterstützt und weitere KollegInnen im Beschwerdemanagement arbeiten. Um Frau Meier für die umfangreichen Aufgaben u.a. im Rahmen des Pandemiegeschehens freizustellen, werden für die nächsten Monate die Fachbereiche 38 und 39 von Frau Aubel betreut, so wie es im Krankheitsfall auch vorgesehen sei. Diese Regelung gilt bis April 2021, kann aber temporär verkürzt werden. Der Personalrat sei mit einbezogen worden und trage diese Entscheidung mit. Frau Meier habe die Büroleiterin an ihrer Seite sowie einen Kollegen vom Bereich Presse. Im Innenverhältnis vertrete er selbst Herrn Exner. Um die Führung der Verwaltung zu sichern, werden die Beigeordnetenkonferenzen als Telefonkonferenzen durchgeführt.

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass die o.g. Fachbereiche nur kommissarisch besetzt und nicht unbedeutend seien. Er hätte sich über eine Verständigung im Vorfeld der Entscheidung gefreut.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dies eine schwierige Entscheidung, es aber in der Abwägung nötig gewesen sei, sie so zu treffen. Frau Meier betont, dass die „großen Themen“ im Flow und im Zeitplan seien.

Zur Frage der technischen Möglichkeiten für die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung bittet der Oberbürgermeister, Herrn Jetschmanegg zu berichten. Dieser informiert, dass ab kommendem Montag die personalisierten Laptops für Videokonferenzen genutzt werden können. Dazu sei eine einmalige Anmeldung über den VPN-Tunnel nötig. Eine entsprechende Handreichung werde zur Verfügung gestellt. Eine Woche später werde auch ein Videokonferenzsystem (WebEx oder Jitsi) zur Verfügung gestellt, so dass auch Ausschuss- und Fraktionssitzungen digital möglich seien. Die dazu nötigen Verfahren werden mit dem Büro der Stadtverordnetenversammlung besprochen.

Die Nachfrage, ob eine Nutzung auch von anderen Geräten ermöglicht wird, so der Oberbürgermeister, sei in Klärung. Problematisch sei derzeit die Lösung für nicht öffentliche Teile der Sitzungen.

Sachstand Garnisonkirche/Rechenzentrum

Der Oberbürgermeister informiert, dass es Einzelgespräche mit den Vertretern der Stiftung und denen des Rechenzentrums gegeben habe. Beide Seiten hätten signalisiert, dass sich alle Betroffenen auf ein Verfahren einlassen können. Derzeit laufe der Prozess der Einigung auf eine gemeinsame geeignete Methodik und werde die Frage der Einbeziehung der Beteiligten in geeigneter Art besprochen. Dabei gelte es auch die Partner mit ihren Gremien und Entscheidungsstrukturen zu berücksichtigen. Insofern könne er heute noch

keinen Ausblick auf die Inhalte geben; es werde daran gearbeitet, Vertrauen für das Ganze zu schaffen und feste Arbeitsstrukturen zu etablieren, in denen auch der Hauptausschuss eingebunden wird. Ziellinie sei wie angekündigt, die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. Dezember 2020 zu der eine Beschlussvorlage eingebracht werden soll. Gebe es dazu Erörterungsbedarf, könne dieser in der Sitzung des Hauptausschusses im Januar 2021 erfolgen – soll heißen, es sei kein Sofortbeschluss notwendig.

In der sich anschließenden Diskussion plädiert Herr Linke dafür, eine Denkpause einzulegen und die Problemlösung – nämlich den Rückbau des Rechenzentrums – voranzutreiben. Seiner Meinung nach würde das auch die Ausgangslage verbessern. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ihn an den Weg binde, der jetzt gegangen werde.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für die Zwischeninformation und sieht in einem Sofortbeschluss der Stadtverordnetenversammlung einen Vorteil, um in 2021/22 eine entsprechende Handlungsgrundlage zu haben. Frau Dr. Zalfen hebt hervor, „wie schön es sei, dass die Beteiligten miteinander sprechen“ und sich annähern. Sie fragt nach, wie das vorhandene Informationsbedürfnis befriedigt werde. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass auch diskutiert werde, wie die Stadtgesellschaft und die Öffentlichkeit über die Schritte informiert werde, um das Ergebnis auch „breit zu tragen“. Herr Friederich bittet auch den religiösen Ansatz in dem Komplex mit zu besprechen.

gemeinsame Sitzung Hauptausschuss und Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark

Der Oberbürgermeister verweist auf die auch hier vorhandene Problematik der Corona-Pandemie und avisiert diese gemeinsame Beratung als Hybridsitzung im 1. Quartal 2021

Mieterhöhung der ProPotsdam

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Westphal, Geschäftsführer der Pro Potsdam.

Dieser erläutert an Hand einer Powerpoint-Präsentation die Hintergründe der jetzt vorgenommenen Mietpreisanpassungen. Ausgangspunkt sei das Balanced Scorecard-Projekt als Folge des STEK Wohnen 2009, mit einer abgewogenen Zielstellung, in den Bereichen soziale Wohnraumversorgung, preisgünstiger Wohnraum/differenzierte Mietenstrategie, Neubautätigkeit, Bestandsmodernisierung sowie weitere Aufgabenbereiche als Gesamtkonzept unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens der Stadt.

Im Weiteren erläutert er die einzelnen Zielstellungen und die Änderungen bei den Mietspiegelmittelwerten. Diese und die Entwicklung der Kosten für Instandhaltung sowie die Baukosten für Wohngebäude und Schönheitsreparaturen driften auseinander und führten zur ersten Mieterhöhung seit 2014 bei 1.657 Mietverträgen. Höchster Wert der Erhöhung seien 78,61 €; ca. 80% liegen bei 25 €. Abschließend verweist er auf die Instrumente für sozialverträgliche Mieten und erläutert auch diese.

Herr Dr. Scharfenberg plädiert dafür, sich mit dem Balanced Scorecard-Projekt unter den heutigen Bedingungen zu beschäftigen und zu bewerten.

Auf Bitte von Herrn Walter, wir die Powerpoint-Präsentation allen Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Anschließend richtet der Oberbürgermeister einen Appell an die Presse, in der jetzigen Situation nicht mit überdimensionierten Schlagzeilen zu operieren. Er nimmt Bezug auf die angekündigte temporäre Betreuung zweier Fachbereiche durch Frau Aibel. In der MAZ werde daraus ein „Superdezernat“, das so mit den Mitarbeitenden nicht besprochen wurde. Sachlichkeit wäre in dieser Situation eine Hilfe.

Frau Meier schließt daran an, dass derzeit „zwei Lagen“ geführt werden, die dritte sei bereits absehbar – nämlich die afrikanische Schweinepest. Erste Absprachen habe es bereits mit den Jägern gegeben und auch diese Lage müsse ihr Geschäftsbereich gewährleisten.